

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man in diesen Tagen mit Hamburgerinnen und Hamburgern über die Pläne der schwarz-grünen Koalition zur Schulpolitik spricht, erhält man immer die gleichen Reaktionen: Es gibt diejenigen, die etwas fern von der Schulpolitik sind, die eher ein allgemeines Unverständnis ausdrücken. Dann gibt es die Gruppe, die Kinder hat, die aber schon etwas älter sind, und alle die man trifft, sagen denselben Satz: „Ein Glück, dass mein Kind schon älter und davon nicht betroffen ist.“ Und dann gibt es die dritte Gruppe, die unmittelbar betroffen ist und sich auch schon auf der Leserbriefseite des Hamburger Abendblattes zu Wort gemeldet hat. Diese Gruppe findet kaum Worte, um ihre Empörung über die schwarz-grünen Pläne auszudrücken.

Kinder werden zu Versuchskaninchen eines faulen Kompromisses gemacht. Bei den Verhandlungen ist ein Schulkonzept herausgekommen, das niemand will, das schwer umzusetzen ist und das daher aus guten Gründen in der Vergangenheit wenige Anhänger gefunden hat. Sie haben ein Schulkonzept erfunden, das die bestehenden Realitäten vollständig ignoriert. Natürlich ist es richtig, dass Kinder länger gemeinsam lernen. Die Frage, die die Politik beantworten muss, ist aber: Wie erreichen wir dieses Ziel? Und da haben wir nicht nur die Situation, Ansichten, Gewohnheiten, Einstellungen im Schulsystem vorzufinden, sondern schlichtweg auch eine räumliche Situation. Es ist einfach nicht genug Platz da an den Grundschulen für durchgehende Jahrgänge bis Klasse sechs. Es wird Kinder geben, die zweimal die Schule wechseln müssen, einmal vielleicht aus organisatorischen und räumlichen Gründen nach Klasse drei und dann noch einmal nach Klasse sechs. Wollen Sie das wirklich?

Das ist doch auch im Kern der Grund, warum die Forderung nach einer sechsjährigen Grundschule bisher nur sehr vereinzelt erhoben wurde. Und Sie haben, dass zeigen ihre Überlegungen ja leider auch, ebenfalls keine Lösung für dieses Raumproblem gefunden. Sonst müssten Sie nicht drei Varianten auf den Weg bringen. Statt also eine Lösung zu finden, dass die Kinder nicht mehr so früh getrennt werden, verkomplizieren Sie alles zusätzlich und führen zusätzliche negative Effekte herbei.

Der zweite Punkt, wo es einem die Sprache verschlägt, ist dieser:

Sie präsentieren der staunenden Öffentlichkeit nicht nur Schulkonzepte, die keiner will, Sie wollen den Eltern auch noch abschließend vorschreiben, welche Schule ihre Kinder besuchen sollen. Auch das wird nicht funktionieren. Jeder hier weiß, dass eine Schulempfehlung, sei es nach Klasse vier oder nach Klasse sechs, nur sehr ungenau den Bildungsweg von Kindern vorhersagen kann. Es ist daher eine zutiefst undemokratische, unzulässige und den verfassungsgemäß geschützten Elternwillen missachtende Haltung, dieses Elternwahlrecht abzuschaffen, vor allem vor dem Hintergrund, dass jeder weiß, dass die Schullaufbahneempfehlung stimmen kann, aber nicht stimmen muss.

Ich sage Ihnen, die SPD-Bürgerschaftsfraktion steht an der Seite aller Eltern, die sich diesen staatlich bestimmenden Einfluss nicht bieten lassen wollen.

Der dritte Punkt ist: Schulpolitik lebt von Akzeptanz und von Vertrauen. Beides ist spätestens seit der ersten PISA-Studie in Deutschland schwer erschüttert. Der richtige Weg wäre es, alles dafür zu tun, damit das staatliche Schulwesen so attraktiv wie möglich ist. Dies würde die Akzeptanz bei den Eltern steigern.

Stattdessen tun Sie Ihr möglichstes, die soziale Spaltung in unserer Stadt zu verschärfen:

Wenn Sie Grundschulen an Gymnasien anschließen bedeutet das nur eines: Die soziale Selektion wird künftig schon vollzogen bei der Wahl einer Vorschule, die einem Gymnasium zugeordnet ist. Eltern tun alles, wirklich alles, um ihrem Kind die beste Bildung zu ermöglichen. Und Sie werden in Hamburg in absehbarer Zeit Zeuge werden, wie Eltern umziehen, um in die Nähe eines Gymnasialstandortes zu kommen. Das ist eine Verschärfung der sozialen Selektion, das bedeutet eine Entmischung von ganzen Stadtteilen, die sie mit ihren Ideen bewusst in Kauf nehmen.

Jede Politik, die diese Akzeptanz des Schulwesens beschädigt, treibt die Gesellschaft auseinander, indem diejenigen, die es bezahlen können, den Weg in die Privatschulen suchen, und die anderen im kostenlosen öffentlichen Schulsystem verbleiben. Viele Eltern sind vor dem Absprung auf die Privatschulen, etliche sind dort schon angekommen. Diese Spaltung, die zu einem stetigen Anwachsen der Privatschulen führt, ist kaum rückgängig zu machen. Daher legen Sie daher den Grundstein für eine Verschärfung der sozialen Spaltung, wie wir sie in den letzten Jahren nicht erlebt haben. Ihre Bildungspolitik wird nur noch zu mehr Ungerechtigkeit führen. Das Hamburger Bildungssystem wird komplizierter werden, unübersichtlicher. Sie werden das Gegenteil von dem erreichen, was sie eigentlich wollen – auf dem Rücken der Kinder.